

Drucksache Nr.:
10473-07-E1

An den
Vorsitzenden des Haupt- und Finanzaus-
schusses

28.11.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.2.2
Gremium:		Beratungstermin:
Haupt- und Finanzausschuss		29.11.2007

Tagesordnungspunkt

Haushaltsplan 2008/2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/Die Grünen im Rathaus bitten Sie, bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2008/2009 folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

Der Rat stellt fest, dass beim Haushalt 2008/2009 akuter Handlungsbedarf für weitere Konsolidierungsmaßnahmen besteht. Diese gelten nicht nur der Abfederung von Risiken, sondern auch der Umsetzung von Maßnahmen als Reaktion auf den Bericht zur sozialen Lage in Dortmund. Bei der Bewirtschaftung des gesamtstädtischen Haushaltes der nächsten beiden Jahre wird der Schwerpunkt darauf gelegt, Missstände abzubauen, Perspektiven für Betroffene zu eröffnen und Hilfestellung bei der Bewältigung sozialer Probleme zu bieten.

1 Verringern von Risiken und Eröffnen neuer Handlungsspielräume

1.1 Haushaltskonsolidierung

Im Haushaltsjahr 2007 sind 48 Millionen Euro eingespart worden. Es ist davon auszugehen, dass in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 jeweils 80 % des Einsparpotenzials erneut erzielt werden können.

Die somit erzielten Einsparungen sind zur Hälfte zur Gegenfinanzierung der im Haushaltsbegleitantrag aufgeführten Projekte zu verwenden.

Darüber hinaus dienen die Einsparpotenziale der Abfederung von bisher nicht bezifferbaren Risiken.

Projekte, die im Rahmen des Aktionsplanes Soziale Stadt realisiert werden, sind von der Reduzierung entsprechender Haushaltsmittel auszunehmen.

Der Rat beschließt darüber hinaus, dass ab dem HH-Jahr 2008 eine restriktive, zeitnahe Endabrechnung von Investitionsmaßnahmen erfolgt.

Der Rat fordert die Verwaltung auf, eine Standardisierung der städtischen Bau- maßnahmen vorzunehmen. Ziel ist eine kontinuierliche Verringerung von Pla- nungs- und Baukosten.

1.2 Zukunft des Stadtbahnbauamtes

Der Rat beschließt, das Stadtbahnbauamt zur DSW21 zu überführen. Die Mo- dalitäten der Überführung werden zeitnah geklärt. Über den Sachstand ist der Haupt- und Finanzausschuss zu informieren.

1.3 Gewinnabführung Töchter

Der Rat begrüßt den Beitrag der städtischen Töchter zur Haushaltskonsolidie- rung. Die städtischen Gesellschaften werden aufgefordert zu prüfen, inwieweit in Abhängigkeit von der Haushaltslage weitere Konsolidierungsbeiträge erfolgen können.

2 Soziale Stadt

2.1 Bericht zur sozialen Lage/Umschichtung von Mitteln

Die Umsetzung von Maßnahmen des Berichts zur sozialen Lage bedarf einer Schwerpunktsetzung im Haushalt 2008/2009. Die zuvor beschriebenen frei werdenden Mittel werden vorrangig zur Realisierung dieser Maßnahmen umge- schichtet und bereitgestellt.

2.2 Sozialticket

Der Rat begrüßt die Absicht der Stadtwerke als Modellversuch ein Sozialticket anzubieten. Das Sozialticket ist zum 01.01.08 zum Preis von 15 Euro einzufüh- ren. Es gelten die Bedingungen des Ticket 1000. Eine entsprechende Finanzie- rungsregelung ist in den zuständigen Gremien zu entwickeln.

2.3 Dortmund-Pass, Ausweitung der Anspruchsberechtigten

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, welche Auswirkungen durch die Ausweitung der Anspruchsberechtigten entstehen und dem Fachausschuss die Ergebnisse vorzulegen. Der Rat entscheidet über das weitere Vorgehen

2.4 Sprachförderung

Nicht vom Land geförderte Kinder im Vorschulalter mit Sprachförderbedarf, die diesen aber aufgrund des fehlerhaften Verfahrens bei Delfin IV nicht bestätigt bekommen haben, erhalten zusätzlich Sprachfördermaßnahmen. Das betrifft insbesondere eine nicht unerhebliche Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund.

Da das Land lediglich Mittel für Kinder ab 4 Jahren zur Verfügung stellt, werden für Sprachförderung im Bereich der frühkindlichen Bildung (und für bedürftige Eltern) Mittel in den 13 Sozialräumen zusätzlich bereitgestellt.

→ 100.000 € pro Jahr

2.5 Auswirkungen KibiZ

Aufgrund des neuen KiBiz muss u.a. eine neue Beitragstabelle erstellt werden.

Die neue Beitragstabelle muss sozial gestaffelt sein. Im Bedarfsfall ist Beitragsfreiheit zu gewähren.

Die bisher bereit gestellten zusätzlichen städt. Mittel zu den Betriebskosten für die kirchlichen Träger von Kindertageseinrichtungen werden im Bereich der Kindertagesstätten zweckgebunden eingesetzt.

2.6 Betreuung für unter 3-jährige

Für 2008 und 2009 sind 3,2 und 6,4 Mio. investive Mittel für den Aus- und Neubau von Tageseinrichtungen geplant.

Um das Ausbauprogramm für Kinder unter 3 Jahren zu beschleunigen, werden alle zu erwartenden Bundes- und Landesmittel zusätzlich für diesen Zweck verwandt.

Die vorgesehenen Mittel werden vorrangig zur Verbesserung der Situation in den Stadtbezirken eingesetzt, die im Vergleich zu anderen Bezirken unterversorgt sind.

2.7 Erziehungsberatungsstellen

Das Angebot der Erziehungsberatungsstellen muss ausgebaut und finanziell abgesichert werden. Die Arbeit muss den Anforderungen des Sozialberichts entsprechen.

Die städtischen Beratungsstellen werden für ihre weitreichenden Aufgaben auch in Bezug auf den Sozialbericht angemessen finanziell ausgestattet.

Die Beratungsstellen freier Träger erhalten zur Absicherung ihrer Arbeit eigene Fördermittel.

→ 100.000 € pro Jahr

2.8 Kinder- und Jugendförderung

Für besondere Problemlagen von Jugendlichen (wie in Brackel oder Scharnhorst-Ost) wird ein eigener Aktionsfonds für schnelle und unbürokratische Hilfen vor Ort eingerichtet.

2.9 Präventionsprojekte

Für die Fortführung und Absicherung erfolgreicher Präventionsprojekte, wie z.B. „Runder Tisch Kinderunfälle“, „Mein Körper gehört mir“ oder frühkindliche Fördermaßnahmen werden die benötigten Mittel (mindestens 85.000) bereitgestellt.

→ 85.000 € pro Jahr

2.10 Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KIK)

Die aus dem KIK abzuleitende zusätzliche Arbeit der Jugendhilfedienste im Bereich des Kinderschutzes und des Frühwarnsystems muss in der Zukunft abgesichert werden.

Für die gesamtstädtische Ausweitung des in Huckarde erprobten Kinderschutzprogramms „Eine Burg für Kinder“ werden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

→ 50.000 €

2.11 Projekt Jugendhilfedienste 2010

Für die Gesamtberatung der Prozesssteuerung sowie die konzeptionelle Neuorientierung der Jugendhilfedienste werden Mittel bereitgestellt.

→ 130.000 € pro Jahr

2.12 Tagesmütter

Der Bund plant, die Aufwandsentschädigungen für Tageseltern zu besteuern. Diese erhalten derzeit 1, 2 oder 3 Euro/Std. je nach Qualifikation. Der Tagespflegebereich ist wichtiger Bestandteil der gesamtstädtischen Kinderbetreuung. Abwandernde Tageseltern müssen verhindert werden.

Im Bedarfsfall sind die Stunden-Sätze für Tageseltern anzuheben.

2.13 Lernmittelfreiheit auch für SGB II-Empfänger

Es werden 300.000 Euro gesamtstädtisch aufgewendet. Der Ansatz muss solange aufrecht erhalten bleiben, bis es eine bundeseinheitliche Regelung gibt.

2.14 Kommunalen Lehrmittelfonds

Auf Landes- und Bundesebene ist eine konkrete Verbesserung der Lehrmittelausstattung für Kinder von ALG II EmpfängerInnen und anderer einkommensschwacher Personengruppen geplant. Sollte diese Verbesserung bis zum Beginn des Schuljahres 2008/2009 nicht umgesetzt sein, werden Schulen Mittel zur Ausstattung mit Schulmaterialien zur Verfügung gestellt.

2.15 Kein Kind ohne Mahlzeit

Die städtische Beteiligung am zweijährigen Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ für die Schuljahre 2007/2008 sowie 2008/2009 ist abgesichert. Eine Anschlussfinanzierung ist sicherzustellen.

2.16 Schulsozialarbeit/Fortsetzung sozialpädagogischer Projekte

Mit dem seit einigen Jahren eingestellten städtischen Titel für Schulsozialarbeit und den abgerufenen URBAN-Mitteln sind wichtige, sinnvolle Schulfördermaßnahmen entstanden, von denen viele derzeit vom Auslaufen bedroht sind. Vor dem Hintergrund des aktuellen Sozialberichtes gilt es, diese Maßnahmen zu erhalten und ggf. auf die Bedürfnisse der Schulen mit einem hohen Sozialindex zuzuschneiden.

Der Rat beschließt, folgende Projekte an Schulen weiterzuführen:

- **Projekt Zeitgewinn/Schulsozialarbeit an Schulen mit besonderem Handlungsbedarf**

(HS Kley, Tremoniaschule, Froschlake, Robert-Bosch-BK, Leopold-Hoesch-BK, Gisbert v. Romberg-BK, Paul-Ehrlich-BK)

- **Schulsozialarbeit an Modellrealschulen/RVD-Realschulen**

(Wilhelm-Röntgen-RS und Albrecht-Dürer-RS)

- **Schülerclubs in der Nordstadt**

(Helmholtz-Gymnasium und Hauptschule Lützowstr.)

- **Elterncafés in der Nordstadt**

(Kleine Kielstr., Vincke-GS, Nordmarkt-GS, Diesterweg-GS, Oesterholz-GS, Lessing-GS, Albrecht-Brinkmann-GS)

- **Netzwerk Schule/Beruf**

(Anne-Frank-Gesamtschule)

- **Übergang Schule/Beruf/Hauptschülerinitiative an Hauptschulen:**

(Westerfild, Nette, Am Externberg, Eving, In der Landwehr, Derne, Scharnhorst, Husen, Wickede, Aplerbeck, Hörde, Innenstadt-West, Kley, Kirchlinde)

- **Sprachförderung an Schulen mit hohem Migrantenanteil**

- **Förderung von Kindern in Schulen, bei denen der Bedarf nach dem Schulsozialindex nachgewiesen wird.**

2.17 Ko-Finanzierung Schwangerschaftskonfliktberatung Westhofstraße

Der Rat beschließt die Kofinanzierung von zwei zusätzlichen Stellen.

→ 35.000 € pro Jahr

2.18 Behindertenfahrdienst

Der Rat beschließt die Aufhebung der Fahrtbegrenzung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, für die ein Kindergeldanspruch besteht, unter dem Vorbehalt der Einhaltung des vorhandenen Budgets.

2.19 Kulturelle Bildung

Die Kultureinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, sich den zusätzlichen Herausforderungen des Sozialberichts zu stellen und Handlungsschwerpunkte für die 13 Sozialräume zu finden. Die Mittel für dafür benötigte Maßnahmen sind zusätzlich bereit zu stellen.

2.20 Seniorenpolitik /Pflege

Die Stadt Dortmund soll sich an den Pflegestützpunkten im Rahmen der Pflegeversicherung mit ihren Seniorenbüros beteiligen und die Federführung übernehmen. Der Bund stellt dafür insgesamt 80 Mio € bundesweit zur Verfügung. Zusätzlich soll die Verwaltung ein Konzept für eine dezentrale Beratungsstruktur für Demenzerkrankung entwerfen. Die Seniorenbegegnungsstätten sind qualitativ weiter zu entwickeln und besondere Personengruppen (insbesondere Migranten und Schwule + Lesben) zu berücksichtigen.

3 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus

Der Rat beschließt die Einrichtung eines Aktionsfonds zur Umsetzung von Projekten gegen Rechts.

→ 100.000 € pro Jahr

4 Umsetzung Masterplan Integration

Der Rat beschließt die Einrichtung eines Fonds zur Umsetzung konkreter Projekte des Masterplanes Integration, die derzeit in Arbeitsgruppen erarbeitet werden. Die Vergabe von Mitteln muss im jeweils zuständigen Fachausschuss beschlossen werden. Es muss gewährleistet sein, dass die Projekte nicht anderweitig bereits im Haushalt abgebildet sind.

→ 100.000 € pro Jahr

5 Personalentwicklung

5.1 Personalqualifizierung

Der Rat beschließt ein Personalqualifizierungskonzept für MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Dortmund. Ziel ist es, rechtzeitig auf veränderte kommunal wahrzunehmende Aufgaben reagieren zu können. Dazu ist es notwendig, nicht nur Fortbildung sondern auch Umschulungen anzubieten. Darüber hinaus soll ein konkreter Beitrag zur Einhaltung des Einstellungsstopps erbracht werden. Der Rat erhält im 2. Quartal 2008 einen Sachstandsbericht. Die im Stellenplan ausgewiesenen Stellenausweitungen werden durch Inanspruchnahme der Stellenreserve im StA 11 haushaltsneutral besetzt.

5.2 Insourcing/Eingliedern

Der Rat fordert die Verwaltung auf, ausgelagerte Aufgabenbereiche einzugliedern, sofern sie über entsprechende Einnahmen die Refinanzierung bzw. Teilrefinanzierung städtischen Personals gewährleisten. Die Verwaltung wird aufgefordert, unter Einbeziehung der Städtischen Töchter entsprechende Vorschläge zu entwickeln.

5.3 Personal im Stadtplanungsamt

Es wird geprüft, inwieweit MitarbeiterInnen der Projektgruppe MTC Engpässe im Bereich der Bauleitplanung auffangen können. Parallel wird geprüft, inwieweit Personal des Konzerns Stadt für entsprechende temporäre Aufgaben (z.B. Phoenix-See) qualifiziert werden kann.

5.4 Regionalisierung Vermessungs- und Katasteramt

Der Rat spricht sich dafür aus, unverzüglich das Vermessungs- und Katasteramt zu regionalisieren und in einem Verbund mit benachbarten Ämtern deutliche Synergieeffekte zu erzielen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Einspareffekte zu ermitteln und Zuschüsse gegebenenfalls zu kürzen.

5.5 Zuschüsse an StA 19

Entsprechend der Beschlussfassung des Rates vom 08.11.2007 werden die Dienstleistungen des StA 19 gegenüber den betroffenen Fachämtern über interne Leistungsrechnungen ausgeglichen.

6 Überarbeitung Brandschutzbedarfsplan

Der Brandschutzbedarfsplan wird mit dem Ziel überarbeitet, einen Beitrag zur Ausgabensenkung zu leisten, ohne die in vergleichbaren Kommunen vorgehal-

tenen mittleren Sicherheitsstandards zu unterschreiten. Die Einhaltung entsprechender Schutzziele wird gewährleistet.

Die vorgesehenen 12 Planstellen zur personellen Verstärkung der Brandinspektion Flughafen werden kostenneutral eingerichtet.

Die im Stellenplan darüber hinaus vorgesehene Ausweitung um 6 Planstellen wird bis zur Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplans zurückgestellt.

7 Dezentralisierung Service- und Präsenzdienste

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einrichtung von zwei weitere Anlaufstellen für Service- und Präsenzdienste in Scharnhorst und Lütgendortmund (Pilotprojekte) zu prüfen und gegebenenfalls entstehende Kosten dazustellen.. Dem Fachausschuss werden die Ergebnisse vorgestellt.

8 Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr

8.1 Aufstockung von Mitteln für Energieeinsparmaßnahmen

Der Rat beschließt, in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 jeweils 5 Mio. Euro vorzusehen, um überfällige Sanierungsmaßnahmen im städtischen Gebäudebestand kurzfristig anzugehen. Eingesparte Energiekosten fließen in den revolvingierenden Energiesparfonds, um weitere Energiesanierungsmaßnahmen durchzuführen. Hinsichtlich der abzuarbeitenden Maßnahmen wird auf der noch zu erarbeitende Aufstellung verwiesen. Dem Fachausschuss Immobilienwirtschaft und den Haupt- und Finanzausschuss ist quartalsweise ein Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand vorzulegen.

→ 5 Mio. € in 2008

→ 5 Mio. € in 2009

8.2 Entsiegelung in Naturschutzgebieten

Der Rat beschließt ein Entsiegelungsprogramm in Naturschutzgebieten für den Zeitraum von zwei Jahren. Entsprechende Maßnahmen werden aus dem vorhandenen Budget des Tiefbauamtes finanziert. Mit der ARGE ist ein entsprechendes Qualifizierungsprogramm für AIG II- Empfänger zu vereinbaren.

8.3 Umweltberichterstattung im Konzern Stadt Dortmund

Der Rat beschließt, dass im Rahmen der Berichterstattung der städtischen Gesellschaften im Haupt und Finanzausschuss einmal jährlich eine Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung erfolgt. Die städtischen Gesellschaften orientieren sich dabei an aktuellen europäischen Standards für eine Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung und den vom Rat verabschiedeten umweltpolitischen Zielen. Eine Vergleichbarkeit der Berichte muss gewährleistet sein.

8.4 Agard

Der jährliche Zuschuss der Stadt Dortmund an die Arbeitsgemeinschaft Amphibien- und Reptilienschutz in Dortmund e.V. (AGARD) zur Finanzierung des Naturschutzhauses wird von 40.000 auf 56.000 Euro erhöht.

→ 16.000 € pro Jahr

8.5 Wohnen für junge, kinderreiche Familien

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss entsprechende Maßnahmen und Projekte für kinderreiche Familien vorzuschlagen. Denkbar wären: Ausweisung von speziellen Baugebieten mit familien- und kinderfreundlicher Infrastruktur, Wohnumfeldverbesserungen, Bereitstellung von günstigem Bauland, Vergabe von Grundstücken in Erbpacht, finanzielle Förderung beim Grundstückserwerb, Gewährung von Zins- oder Baukostenzuschüssen, Bereitstellung ein „Baukindergeld“.

8.6 Radverkehrsinfrastruktur

Der Rat beschließt, den Budgets der Bezirksvertretungen jeweils 20.000 Euro in 2008 und 2009 für die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur zweckgebunden aus dem Amt 66 zur Verfügung zu stellen.

→ 20.000 € pro BV in 2008

→ 20.000 € pro BV in 2009

9 Kultur, Sport, Freizeit

9.1 Kulturhauptstadt 2010

Der Rat beschließt, aus den vorgesehenen Mitteln in 2008 und 2009 jeweils 100.000 Euro zweckgebunden für die Neuanschaffung von Medien in Bibliotheken vorzusehen.

→ 100.000 € in 2008

→ 100.000 € in 2009

9.2 Kunstrasen

Es werden mindestens 2 Kunstrasenplätze der Prioritätenliste pro Jahr gebaut. Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert, mit den Vereinen zu verhandeln, ob sie verstärkt Sportanlagen in Eigenregie übernehmen wollen und bereit sind, auch das Gelände in Erbpacht zu übernehmen. Die dann eingesparten HH-Mittel sollen zweckgebunden für ein Investitionskonzept „Kunstrasenplätze“ verwandt werden.

10 Investive Maßnahmen

10.1 Adventkindergarten

Die Planungen für den Ersatzbau des Advent-Kindergartens in Hörde sind zu intensivieren.

10.2 Spielplätze

Das Verfahren zur Erneuerung von Spielplätzen wird optimiert mit dem Ziel, jährlich zwei weitere Spielplätze herzurichten.

10.3 Sanierung Anne-Frank

Die notwendigen Baumaßnahmen zur Verbesserung der Raumsituation der Anne-Frank-Gesamtschule werden kurzfristig durch ein PPP-Modell realisiert.

10.4 Pavillonersatz

Die Verwaltung wird beauftragt, die Raumbedarfe des Max-Planck sowie des Bert-Brecht-Gymnasiums neu zu bewerten. Die Verwaltung wird beauftragt, den konkreten Raumbedarf im Zuge des geplanten Abrisses der Pavillons zu prüfen, ein schlüssiges Raumkonzept zu erstellen und dem Schulausschuss einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.

Die Finanzierung der sich daraus ergebenden Baumaßnahmen über PPP-Modelle soll geprüft werden.

10.5 Freibad Froschloch

Bei Umbau des Freibades Froschloch ist eine Erneuerung der Umkleiden finanziell abzusichern.

10.6 Freibad Hardenberg

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit ein Neubau des Sozialgebäudes realisiert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Ernst Prüsse

F.d.R.:

Dr. Andreas Paust

Mit freundlichen Grüßen
gez. Mario Krüger

f.d.R.:

Petra Kesper